

Die wirtschaftlichen und politischen Folgen der Friedensverträge von 1919 in der ČSR

von

Friedrich Prinz

Für alle Nachfolgestaaten der Donaumonarchie gilt, daß die Problematik ihrer Geburtsstunde auch weitgehend noch ihr Schicksal bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmen sollte. Das kann in besonders hohem Maße für die Tschechoslowakei gesagt werden, deren Kern — die Böhmisches Länder — in engster Schicksalsgemeinschaft mit den österreichischen Erbländern und später mit dem zentralistischen Kaiserstaat josephinischer Prägung standen. Die Auflösung eines relativ einheitlichen Großwirtschaftsraumes, den es trotz der inneren Zollgrenze zwischen Cisleithanien und Transleithanien bis 1918 gab, determinierte die Anfänge der ČSR ebenso wie die Tatsache, daß der neue Staat so ziemlich alle längst vorhandenen Probleme des österreichischen Nationalitätenstaates ebenfalls geerbt hatte, wenn auch nunmehr mit umgekehrten Vorzeichen, aber nicht minder heftig, war doch Böhmen das geradezu klassische Paradegebiet des „Kampfes der österreichischen Nationen um den Staat“, um diesen berühmten Buchtitel Karl Renners von 1902 hier als Slogan zu verwenden.

Zur Problematik der Geburtsstunde der ČSR in den Pariser Vorortverträgen gehörte es vor allem, daß ein kaum überbrückbarer Gegensatz zwischen den nationalstaatlich vertretbaren ethnischen Grenzen der Tschechen und Slowaken einerseits und den wirtschaftlich, nationalökonomisch erstrebenswerten Grenzen des neuen Staatsgebildes bestand, ein Gegensatz, um den vor allem in den Pariser Vorverhandlungen im Spätherbst 1918 gerungen worden ist. Ausgangspunkt dieses Ringens war die Überzeugung der tschechischen Politiker, daß ohne die hochindustrialisierten deutschen Randgebiete, in denen auch die reichen Kohlevorkommen lagen — damals noch ein gewichtiges Plus im staatlich-wirtschaftlichen Denken! — kein konsolidierter Staat zu errichten war. Hingegen erwies sich das historische Argument, nämlich die jahrhundertealte staatsrechtliche Einheit der Böhmisches Länder, als weniger wirksam, da man ja im Falle der Slowakei gerade gegen den Grundsatz der Gültigkeit historischer Grenzen bewußt verstieß. Man befand sich hier also in einer Art Zwickmühle. Dagmar Perman hat auf Grund der amerikanischen Quellen detailliert das wechselvolle Ringen der Staatsgründer Masaryk und Beneš dargestellt und gezeigt, daß diese Staatsgründung schon vor ihrer Geburt durch dieselben Probleme bedroht war, die die ČSR auch in der Zwischenkriegszeit existenziell belasteten.¹

Wie stellte sich im Spätherbst 1918 nach dem Ende der Kampfhandlungen die Lage für die Tschechen und Slowaken der sogenannten „Auslands-

1) D. Perman: The Shaping of the Czechoslovak State, Leiden 1962.

aktion“ wie für diejenigen in der Heimat wirklich dar? Tomáš Garrigue Masaryk und Edvard Beneš fanden bei den Friedensverhandlungen vorgeformte Situationen vor, die entweder rasch und entschlossen genützt werden mußten oder unweigerlich vorübergingen.² Beneš wie Masaryk hatten gerade in dieser Beziehung schon bittere Erfahrungen, als zwischen Januar und April 1917 Kaiser Karl Friedensfühler nach Paris ausstreckte und plötzlich die akute Gefahr aufgetaucht war, daß Frankreich sich doch noch für den Fortbestand einer föderalisierten Donaumonarchie entscheiden und damit die mit so viel Mühe ins Leben gerufene tschechische Exilregierung in der Versenkung verschwinden lassen könnte. Wir wissen heute, daß Clemenceau bis Oktober 1918 zögerte, sich für eine Zerschlagung der Donaumonarchie zu entscheiden.³ Für die tschechischen Staatsmänner galt es daher, die relativ günstige Lage der Wende von 1918/19 auszunutzen. Sie war vor allem deshalb so günstig, weil Frankreich, das am schlimmsten im Kriege gelitten hatte, am stärksten an der Neutralisierung des deutschen Einflusses interessiert war; deshalb brauchte es auch eine strategisch günstige Tschechoslowakei, und diese war ohne die deutschen Randgebiete undenkbar. Andere Momente kamen hinzu. Zum Verständnis der damaligen Lage soll daher etwas näher auf die internationale Situation eingegangen werden, vor allem an Hand der amerikanischen Quellen. Dagmar P e r m a n hat großes Gewicht auf die Tatsache gelegt, daß es Masaryk und Beneš in den wenigen Monaten zwischen dem Waffenstillstand und dem Beginn der Friedensvorkonferenzen gelungen war, eine Reihe vollendeter Tatsachen zu schaffen, die sich bald als unveränderbar erweisen sollten. In richtiger Einschätzung der Lage hatte Beneš damals die Weisung ausgegeben, daß zuhause in Böhmen-Mähren alles getan werden müsse, um alle beanspruchten Gebiete *via facti* und ohne großes Aufheben zu besetzen; er fügte hinzu: „Ein ohne Lärm oder Kampf zustande gebrachtes *fait accompli* und die Beherrschung der Lage sind jetzt entscheidend.“⁴ Wie stellte sich andererseits die Situation den Siegermächten dar? Unmittelbar nach dem Waffenstillstand häuften sich die Nachrichten über zunehmende Anarchie und angebliche „bolschewistische Infiltration“ im Gebiet der Mittelmächte und besonders im Gebiet der Donaumonarchie. In Wien sprachen sich die neutralen diplomatischen Missionen für eine rasche Besetzung des Landes durch alliierte Truppen aus, um einen bolschewistischen Umsturz zu verhindern.⁵ Die Tschechen und Slowaken gehörten zu jenen „werdenden Nationalitäten“, die nach Woodrow Wilsons Auffassung warten sollten, bis die Friedenskonferenz über ihre politischen und territorialen Ansprüche

2) E. P o l s o n - N e w m a n : Masaryk. Preface by Sir Robert Bruce L o c k h a r t, London, Dublin 1960, S. 126 ff.; E. B e n e š : Der Aufstand der Nationen (Übers. von C. H o f f m a n n), Berlin 1928, S. 135 ff.; W. J a k s c h : Europas Weg nach Potsdam, Stuttgart 1958, S. 152 ff.

3) P e r m a n, S. 57 f. u. 162.

4) E. B e n e š : Světova válka a naše revoluce [Der Weltkrieg und unsere Revolution], 2 Bde. u. 1 Bd. Dokumente, Prag 1927, 21935, hier Bd. III, S. 534.

5) P e r m a n, S. 71 ff.; ebenso für die folgenden Ausführungen.

beschließen würde. Demgegenüber hofften sowohl die tschechischen Exilpolitiker wie auch die tschechischen Politiker zuhause, daß die politische Befehlsgewalt ihnen sofort übertragen werden würde. Die provisorische tschechische Regierung, die sich am 28. Oktober 1918 in Prag konstituierte, hatte zwar sofort die tschechischen Landesteile hinter sich, mußte aber mit Widerstand sowohl in den noch zu Ungarn gehörenden und vorwiegend von Madjaren bewohnten Teilen der Slowakei wie auch in den z. T. hochindustrialisierten deutschen Randgebieten rechnen. Sollten diese Gebiete einverleibt werden, dann mußte dies sofort geschehen, ehe Madjaren und Deutsche einen wirksamen militärischen Widerstand und diplomatische Plattformen organisieren konnten. Zu diesem Zwecke versuchte Beneš zuerst, wie aus den wichtigen, von Perman ausgewerteten Papieren des amerikanischen Colonel H o u s e hervorgeht, eine militärische Besetzung der Böhmisches Länder und der Slowakei durch alliierte Truppen zu erreichen. Als sich dies als aussichtslos erwies bzw. abgelehnt wurde, beschritt Beneš einen anderen Weg. Alle unter alliierter Kommando stehenden tschechischen Einheiten und ebenso die nach dem Waffenstillstand in der Heimat organisierten paramilitärischen Verbände wurden für die Besetzung innerhalb der erstrebten Grenzen des neuen Staates aufgeboten und gleichzeitig diese Truppen dem Oberkommando des Marschalls Foch — als dem Oberbefehlshaber für alle Fronten — unterstellt. Dadurch waren die tschechischen Einheiten insgesamt alliierte Truppen geworden, und ihre Operationen konnten mit jenen Bestimmungen des Waffenstillstandes mit Österreich begründet werden, die den freien Durchzug und die Okkupation strategisch wichtiger Punkte innerhalb Österreich-Ungarns festgelegt hatten. Die Besetzung der deutschen Gebiete erfolgte — anders als im Falle der Slowakei gegenüber Ungarn — fast reibungslos.

Die rasche Besetzung der nichttschechischen Gebiete bereitete Masaryk, Beneš und Kramář die größten Sorgen, denn inzwischen hatten sich bekanntlich auch die deutschen Reichstagsabgeordneten Österreichs konstituiert und strebten auf die Bildung eines deutsch-österreichischen Staates hin, der auch die deutschen Gebiete der Böhmisches Länder umfassen sollte.⁶ Am 30. Oktober nahm die provisorische deutsch-österreichische Nationalversammlung Deutschböhmen als Teil des neuen österreichischen Staates auf, wenige Tage später schlossen sich die Deutschen Mährens diesem Staate an, und am 12. November erklärte Österreich, nun selbst ein Teil der „Großdeutschen Republik“ zu sein, eine Erklärung, die insofern eine psychologisch denkbar ungünstige Lage vorfand, als sie faktisch auf eine beträchtliche territoriale Verstärkung einer der besiegten Großmächte hinauslief. Niemand unter den Siegern hatte 1918/19 ein Interesse, das besiegte Deutschland nun noch zu einem g r o ß d e u t s c h e n mittel-europäischen Block anwachsen zu lassen. Diese ungünstige psychologische

6) F. P e r o u t k a : Budování státu [Die Errichtung des Staates], 4 Bde., Prag 1932, hier Bd. I, S. 159.

Situation arbeitete naturgemäß den tschechischen Wünschen in die Hände, und sie erklärt zumindest teilweise den spektakulären Erfolg Beneš's und Masaryks, nimmt ihm aber auch gleichzeitig manches von seinem Nimbus.

Beneš war sich aber auch der Gefahren der deutsch-österreichischen Deklaration voll bewußt, denn diese mußte in den deutschen Gebieten Hoffnungen und damit auch Widerstände erwecken, die gerade jenen um jeden Preis zu vermeidenden „Lärm“ erzeugen konnten, der unter Umständen genügen würde, das Zustandekommen des erwünschten „fait accompli“ zu vereiteln. Er warnte daher von Paris aus die Politiker in der Heimat eindringlich vor allen blutigen Auseinandersetzungen in den deutschen Gebieten Böhmens; es sei im tschechischen Interesse, daß keine Nachrichten aus diesen Gebieten ins Ausland durchsickerten, die auf die Entstehung irgendwelcher von Prag unabhängigen staatlichen Institutionen und einer antitschechischen Haltung der dortigen Bevölkerung hindeuten könnten.⁷ Gleichzeitig machte die Organisation der tschechischen Armee unter Leitung der französischen Militärmission Fortschritte, und die Besetzung der deutschen Gebiete ging ohne wesentlichen Widerstand, trotz deutsch-böhmischer Apelle an Wilson, vonstatten.

Hatten die Aliierten diese Besetzung kommentarlos toleriert, so stieß Beneš auf Schwierigkeiten, als er den nächsten Schritt vollziehen wollte, nämlich die offizielle Sanktionierung der Einverleibung fremdnationaler Gebiete. Dieses politische Ziel, das, wenn überhaupt, noch vor der offiziellen Friedenskonferenz erreicht werden mußte — darüber war sich Beneš völlig im klaren —, war schon deshalb nicht leicht zu erkämpfen, weil mit dem Ende der Kampfhandlungen der Wert der tschechischen Hilfe für die Westmächte sehr gesunken war. Hier bestand nun eine wesentliche diplomatische Leistung Beneš's darin, daß es ihm gelang, das Problem der Einverleibung der deutschen Randgebiete nutzbringend in den umfassenderen Zusammenhang des globalen ideologischen Konfliktes einzubauen, der damals in steigendem Maße die Weltpolitik zu bestimmen begann. Konkret gesprochen: Beneš gelang es, den sich konsolidierenden tschechischen Staat dadurch für die Westmächte aufs neue wertvoll zu machen, daß er ihn — vor allem den Amerikanern gegenüber — als eine zuverlässige Ordnungskraft gegen den Ausbruch „bolschewistischer Revolutionen“ in Mittel- und Osteuropa empfahl. Damit traf er in der Tat auf ein vitales Interesse der Westmächte. Schon am 5. November hatte der amerikanische Präsident Wilson vor seinem Kabinett mit Besorgnis von der Möglichkeit europäischer Revolutionen unter dem Druck und dem Einfluß

7) Beneš, *Světova válka*, Bd. III, S. 505. Daß Beneš dabei nur eine momentane taktische Zurückhaltung, aber keine grundsätzlich staatspositive Einstellung den Deutschen gegenüber im Auge hatte, geht schon daraus hervor, daß er in dem Augenblick, als er die tschechischen Gebietsansprüche gesichert wußte, sofort telegraphisch der provisorischen Prager Regierung ein energisches Eingreifen gegen die Sudetendeutschen empfahl. *Peroutka*, Bd. III, S. 777; K. Rabl: *Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Geschichtliche Grundlagen. Umriß der gegenwärtigen Bedeutung. Ein Versuch*, München 1963, 2. umgearb. u. erweit. Aufl., Köln, Wien 1973, S. 63.

der Bolschewiki gesprochen.⁸ Hier verstand es Beneš, die amerikanischen Befürchtungen und Ängste vor der Weltrevolution für eigene nationale Pläne zu nutzen. Konnte man sich dem Westen als „Ordnungsmacht“ gegen den „bolschewistischen Umsturz“ empfehlen, dann hatte man bei der damaligen Lage in der Tat viel zu bieten und durfte daher seinerseits Forderungen stellen. Aber, wie gesagt, man mußte sich als „Ordnungsmacht“ ausweisen. Hier tritt nun der zweite Aspekt von Beneš's Mahnungen an die Heimat zutage, „alle offensichtlichen Gewaltakte“ in den Böhmisches Ländern zu vermeiden. Mit Recht betonte er dabei, daß es fatal für die tschechoslowakische Sache sein würde, wenn Nachrichten über Unruhen in den Böhmisches Ländern nach dem Westen durchsickern würden⁹, denn — so muß man hinzufügen — solche Meldungen hätten ja die wünschens- und empfehlenswerte Qualität des neuen Staates als sogenannte „Ordnungsmacht“ empfindlich beeinträchtigt und damit auch das Interesse des Westens an dieser Neubildung herabgemindert. Beneš betonte denn auch, daß es notwendig sei zu zeigen, daß Ordnung im Lande herrsche und daß die Regierung für die Alliierten und gegen jede Anarchie arbeite. Gleichzeitig forderte er, da er offenbar von der Richtigkeit dieser offiziellen Mitteilungen selbst nicht überzeugt war, die Unterdrückung aller alarmierenden Neuigkeiten. Aus demselben Grunde drang er in Prag darauf, daß man das hungernde und frierende Wien mit Lebensmitteln und mit Kohlen unterstütze, da man sich auf diese Weise als Element der Ordnung bewähre; und dies würde die Friedensverhandlungen sehr zugunsten des neuen tschechoslowakischen Staates beeinflussen.

Es würde zu weit vom Thema wegführen, wollte man nun im einzelnen den Gang der Pariser Verhandlungen analysieren. Wichtig für die weitere Entwicklung war jedoch die Tatsache, daß sich das amerikanische Spezialistenteam für Territorial- und Nationalitätenfragen in Mittel- und Ostmitteleuropa, das unter Leitung von Charles Seymour stand, entschieden gegen die Einverleibung von drei Millionen Deutschen in die ČSR aussprach, sondern für die Abtretung von ca. zwei Millionen Deutschen an Deutschland plädierte. Masaryk und Beneš führten dagegen ins Feld, daß eine Million Deutscher in der ČSR mehr von Entnationalisierung bedroht seien als drei Millionen. Doch hätte dieses Argument auf die amerikanische Delegation kaum Eindruck gemacht, wäre nicht die wachsende Sorge vor einer sozialistischen Revolution den tschechischen Politikern wieder zu Hilfe gekommen, so daß schließlich nach Frankreich und Großbritannien auch die USA der Einverleibung großer deutscher und madjarischer Siedlungsgebiete in den neuen Staat zustimmten, allerdings nur in Form einer unverbindlichen Anerkennung des tschechischen Begehrens (non-committal acknowledgment). Von amerikanischer Seite wurde dabei

8) D. Houston: Eight Years with Wilson's Cabinet, 2 Bde., New York 1926, hier Bd. 1, S. 320 ff.

9) Beneš, Světova válka, Bd. III, S. 506 ff.

auch das Bedenken geäußert, daß durch das Zugeständnis „historischer Grenzen“ für die ČSR ein Präzedenzfall geschaffen würde, da Polen ebenfalls „historische Grenzen“ fordern könne, die dann einwandfrei sehr große nichtpolnische Territorien einschließen würden.¹⁰ Diese Bedenken bewirkten aber keine Änderung der politischen Haltung der USA zu dem sich hier abzeichnenden schwierigen Nationalitätenproblem der ČSR. Damit konnten nach der schließlich doch erfolgenden inoffiziellen amerikanischen Zustimmung zur tschechischen Besetzung der deutschen Randgebiete bereits Ende Dezember 1918, d. h. drei Wochen vor Beginn der eigentlichen Friedenskonferenz, mit Einwilligung der Alliierten die deutschen Landesteile Böhmens, Mährens und Sudeten-Schlesiens der Tschechoslowakei endgültig einverleibt werden. Was dann noch hinzukam, waren die Minderheitenschutzverträge des Völkerbundes, eine ständige Quelle von Mißhelligkeiten, da die tschechoslowakische Nationalitätenpolitik weit hinter die Praxis und Gesetzgebung der Donaumonarchie zurückfiel.¹¹

Mit dem großen Erfolg der tschechischen Diplomatie bei den Friedensverhandlungen war aber nun genau die politische Konstellation erreicht, in der nach Beneš's und vieler anderer Politiker Überzeugung die seit dem 19. Jahrhundert sich vollziehende Expansion des tschechischen und slowakischen Volkskörpers zwangsläufig die fortschreitende Assimilation des Deutschtums innerhalb der nunmehr gesicherten Staatsgrenzen herbeiführen mußte.

Für Beneš und Masaryk bedeutete die günstige Grenzziehung auf Kosten der Deutschen sehr viel, besonders wenn man sich wiederum Beneš's Axiom vergegenwärtigt, daß sich im Zuge der bevölkerungspolitischen Entwicklung, d. h. durch den beträchtlichen tschechischen und slowakischen Geburtenüberschuß gegenüber dem deutschen Bevölkerungsteil, das Deutschenproblem innerhalb weniger Jahrzehnte selbst erledigen oder zumindest zur *quantité négligeable* herabsinken würde. So entbehrt es nicht einer hintergründigen Ehrlichkeit, wenn Beneš 1937, als er sich wegen seiner Pariser Denkschriften vor der Weltöffentlichkeit zu verteidigen suchte, vor allem Zeit zur Regelung des Nationalitätenproblems forderte.¹² Zeitgewinn ohne eine nationalitätenrechtliche Fixierung der Grenzen und Stellung der Minderheiten; Zeitgewinn, um den vermeintlichen „nationalbiologischen“ Trend zugunsten der Tschechen voll zur Auswirkung kommen lassen zu können, das könnte man als *Maxime* seines politischen Handelns während der ersten Republik bezeichnen. Dazu zwei charakteristische Einzelheiten: Die Frage der Deutschen innerhalb der ČSR stellte sich für Beneš bald nach der internationalen Sicherung des neuen Staates in der „Revolutionären Nationalversammlung“, welche die tschechische Verfassung — ohne Teilnahme der nach Millionen zählenden Min-

10) Perman, S. 90 f.

11) R. Szporluk: *The Political Thought of Thomas G. Masaryk*, New York 1981, S. 144.

12) B. Čelovský: *Das Münchner Abkommen 1938*, Stuttgart 1958, S. 100.

derheiten — ausarbeitete. Damals wußte er es aus Gründen der politischen Optik zu verhindern, daß in der tschechischen Verfassung — wie der nationale Politiker Karel Kramář es wollte — Tschechisch als alleinige Staatssprache „státní řeč“ bezeichnet wurde. Beneš setzte sich für eine möglichst enge Anlehnung an den Terminus „langue officielle“ des Genfer Minderheitenstatuts ein. „Aus Gründen vernünftiger Taktik und Opportunität“ sei dies empfehlenswert, um von deutscher Seite dem Vorwurf zu entgehen, daß man völkerrechtliche Vertragspflichten ungenügend ins innerstaatliche Recht aufgenommen habe. Im übrigen hindere nichts, den Ausdruck Amtssprache im Sinne von Kramář zu interpretieren.¹³

Wie sehr Beneš die Minderheitenschutzverträge, die der ČSR aus wohlwogeneren Gründen von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und dem Völkerbund als eine *conditio sine qua non* der Staatsgründung auferlegt worden waren, als eine lästige Hypothek für den Staat erschienen, den er als tschechischer Nationalist erstrebte, läßt sich aus seiner weiteren politischen Praxis klar ersehen. Am 22. September 1922 hielt er im Cercle de la Presse in Genf einen Vortrag, in dem er in seiner Eigenschaft als tschechoslowakischer Außenminister über das Thema „Die Zukunft des Völkerbundes“ referierte. Dabei stellte er es als ein Ziel seiner Politik hin, „die Eingriffe des Völkerbundes auf ein Mindestmaß zu beschränken, damit die Minderheitenfrage im Laufe der Zeit zur ausschließlich innenpolitischen Frage eines jeden Staates“ werde. Was mit dieser Andeutung bereits drei Jahre nach der Staatsgründung konkret gemeint war, geht aus einer von Beneš maßgeblich inaugurierten Note der tschechoslowakischen, polnischen, rumänischen und südslawischen Regierungen an den Völkerbund hervor. In dieser Note vom April 1929 heißt es unter anderem: „Wenn manchmal Mißverständnisse zwischen Minderheiten und ihren Regierungen vorkommen und wenn es bei gewissen Minderheiten Unzufriedenheit gibt, so wird dieses Problem nicht durch größere Öffentlichkeit beseitigt. Die größtmögliche Öffentlichkeit würde jene Mißverständnisse nur verschlimmern, weil sie Propaganda und Agitation nähren würde.“ Die Note lief auf eine empfindliche Einschränkung des Petitionsrechtes der Minderheiten an den Völkerbund hinaus, d. h. auf die einzige Möglichkeit, eine gewisse internationale Kontrolle für die Respektierung der Minderheitenschutzverträge zu sichern.¹⁴ Es verdient festgehalten zu werden, daß Beneš's Versuche, die Minderheitenrechte zu verkürzen, schon

13) Poslanecká sněmovna Národního Shromáždění republiky československé. Těsnopisecké zprávy [Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses der Nationalversammlung der ČSR], S. 3680 ff., bes. S. 3764 ff. und S. 3851 ff. Vgl. dazu K. R a b l : Zur Frage der Deutschenvertreibung aus der Tschechoslowakei, in: Bohemia-Jahrbuch 2 (1961), S. 414 ff., bes. S. 431 ff.

14) E. B e n e š : Gedanke und Tat, 2 Bde., Prag 1937, hier Bd. 2, S. 193 f.; K. R a b l : Staatsbürgerliche Loyalität im Nationalitätenstaat. Dargestellt an den Verhältnissen in den böhmischen Ländern zwischen 1914 und 1938 (Veröff. des Collegiums Carolinum, 6), München 1959, S. 100. Auszug aus der gemeinsamen Note der griechischen, polnischen, rumänischen, südslawischen und tschechoslowakischen Regierung an den Generalsekretär des Völkerbundes vom April 1929.

in eine Zeit fallen, in der noch keinerlei Anlaß bestand, Hitlers Einwirkung auf das Auslandsdeutschtum in Rechnung zu ziehen. Vielmehr gehört diese aufschlußreiche Note in den größeren Zusammenhang des noch viel zu wenig untersuchten Problems, inwiefern es auch außerhalb Deutschlands einen auf Versailles und St. Germain bezogenen Revisionismus gegeben hat, der allerdings entgegengesetzte Ziele verfolgte wie der deutsche Revisionismus, aber letzten Endes gleichfalls auf die Zerstörung der Ordnungsprinzipien des Völkerbundes hinauslief. Für Beneš ging es auch in diesem konkreten Fall um die Sicherung eines innenpolitischen Zustandes, der eine für den tschechischen Bevölkerungsteil vermeintlich günstige Entwicklung weiterhin garantierte und verstärkte. Die Minderheiten Garantien des Völkerbundes waren für ihn von Anfang an eines der unliebsamsten gesetzlichen Hemmnisse der nationalen Expansion des Tschechentums; konnte man jede supranationale Aufsichtsbehörde ausschalten, dann war zweifellos viel für eine tschechische „Nationalpolitik“ im Sinne Beneš's gewonnen.

An dieser Stelle muß nun ein Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Ersten Tschechoslowakischen Republik geworfen werden, da die ökonomische Situation und dann vor allem die Weltwirtschaftskrise auch einschneidende Folgen für die innere Stabilität des Staates und besonders für sein ethnisches Gefüge hatte. Im Anschluß an Alice Teichova's Studie über die ökonomische Westorientierung der ČSR¹⁵ stellt sich die Frage: Vor welcher wirtschaftlichen Situation standen die Staatsgründer Masaryk und Beneš? Obwohl die Tschechoslowakei 1918/19 ca. 80 v. H. des Steinkohlenvorkommens und 70 v. H. der Industrieanlagen der Donaumonarchie übernommen hatte und damit die Nachkriegsdepression von allen europäischen Staaten am besten und raschesten überwinden konnte, stellten sich durch die neuen Grenzen auch schwerwiegende Probleme. Der große Binnenmarkt Österreich-Ungarns war verloren gegangen, d. h. auf ein Viertel zusammengeschrumpft, und aus politischen Gründen hatte man sich auch von dem bis dahin maßgeblichen Wiener Finanzzentrum durch „Nostrifizierung“ der Großbanken in der ČSR getrennt. Die Folge war ein starker Einstrom westeuropäischen Kapitals bei Zurückdrängung des bisher sehr starken deutschen Kapitaleinflusses; es war dies die genaue ökonomische Parallele zur westeuropäischen Bindung der Kleinen Entente. In der Krisensituation vor dem Münchner Abkommen von 1938 sollte sich aber zeigen, daß die kapitalmäßige und industrielle Kartellbindung an Frankreich und England kaum Einfluß auf die politische Lösung der schwierigen internen Probleme der Republik hatte, da es Hitler verstand, sich bis zu diesem Zeitpunkt noch als brauchbarer Bundesgenosse gegenüber der Sowjetunion darzustellen. Ökonomisch wie außenpolitisch wurde die ČSR immer mehr zum Spielball westlicher und deutscher Politik; ihre innenpolitische, vor allem in Edvard Beneš personifizierte, ideologische Intransigenz in der Nationalitätenfrage, die in der Weltwirt-

15) A. Teichova: An economic background to Munich. International business and Czechoslovakia 1918—1933, Cambridge 1974.

schaftskrise auch schwerwiegende Folgen für die deutschen Gebiete der Republik hatte, machte den Staat nach außen immer mehr manövrierunfähig. Durch den 1935 geschlossenen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion wurde die ČSR dem Westen zunehmend als unzuverlässig verdächtig. Hitler hatte daher 1938 ein relativ leichtes Spiel, sowohl England wie Frankreich ließen die Tschechoslowakei im entscheidenden Moment fallen, obwohl die Sowjetunion wohl bereit gewesen wäre, in ihre vertraglichen Verpflichtungen zum Schutze der Tschechoslowakei einzutreten.

Die außenpolitische Destabilisierung ging Hand in Hand mit einer innenpolitischen, insbesondere wirtschaftlichen. Solange die geschickte und erfolgreiche Finanzpolitik des dynamischen Finanzministers Alois Rašín die ČSR in den frühen 20er Jahren zu einer währungspolitischen Oase im wachsenden mitteleuropäischen Chaos werden ließ — die kargen Sonnenjahre der Weimarer Republik waren bekanntlich, wie zuletzt Gerald D. Feldman nachgewiesen hat, noch viel spärlicher, als man bislang glaubte!¹⁶ — solange also die Wirtschaftslage der Tschechoslowakei einigermaßen zufriedenstellend war und damit die nationalen Antagonismen noch nicht ökonomisch akzentuiert wurden, bestand noch eine reale Chance zu deren Lösung. Anders wurde dies in dem Augenblick, als auch in der ČSR mit dem Beginn der 30er Jahre die Weltwirtschaftskrise durchschlug. Dies gilt vor allem für die deutschen Gebiete. Diese erbrachten trotz der ökonomischen Talfahrt der Republik noch 1938 40 v. H. des Steueraufkommens der Republik, obwohl der deutsche Bevölkerungsanteil nur 23 v. H. betrug.¹⁷ Oberflächlich betrachtet, schien die Krise anfangs den Trend zur nationalen Expansion des tschechischen Volkes zu fördern, da sie — ohne Verschulden der Regierung — die vornehmlich in den sudeten-deutschen Gebieten liegenden Leicht- und Konsumgüterindustrien (Textil, Porzellan, Glas) schwer in Mitleidenschaft zog. Nationalpolitischen Charakter nahm die Krise jedoch in dem Augenblick an, als die Prager Regierung ihre teilweise recht erfolgreichen Gegenmaßnahmen fast ausschließlich auf die rein tschechischen Industrielandschaften konzentrierte und die Staatsaufträge an deutsche Betriebe von der personellen Durchsetzung derselben mit tschechischen Angestellten und Arbeitern abhängig machte.¹⁸ Das erschütterte in zunehmendem Maße die Loyalität der Deutschen zu diesem neuen Staate, dem sie von Anfang an reserviert gegenüber gestanden hatten und der auch keine Anstrengungen unternahm, diesen Teil der Staatsbevölkerung durch nationalitätenrechtliche Konzessionen und arbeitspolitische Hilfen ideologisch zu gewinnen. Die staats-

16) G. D. Feldman: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914—1932, Göttingen 1984.

17) K. Wessely: Stellung und Bedeutung der böhmisch-mährischen Industrie im XX. Jahrhundert, in: Bohemia-Jahrbuch 2 (1961), S. 235.

18) Vgl. die Tabelle über die nationale Aufteilung der tschechoslowakischen Industriezweige im Jahre 1927 bei K. Witt: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei, Leipzig 1938, S. 55 f.; wieder abgedruckt bei Wessely, S. 234. Vgl. dazu Jaksch, S. 270.

positiven deutschen Parteien, die Sozialdemokraten, der Bund der Landwirte und die Christlichsoziale Partei, verloren daher zusehends ihre Anhängerschaft an die betont nationale Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins, die seit Ende 1937 immer mehr von ihrem ursprünglichen autonomistischen Programm abrückte und den Anschluß an Deutschland propagierte, eine Entwicklung, die mit der Abtretung der deutschen Gebiete im Münchner Vertrag von 1938 kulminierte.¹⁹

Insgesamt wird man aber sagen können, daß die ČSR wegen ihrer ausgewogenen Sozialstruktur und einer hochentwickelten Industrie- und Agrarkultur die unmittelbaren Nachkriegsprobleme von allen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie am besten meisterte. Im Verlauf ihrer allerdings kurzen Geschichte (20 Jahre!) gelang es diesem Staat jedoch nicht, eine brauchbare Lösung der durch die Wirtschaftskrise verschärften Nationalitätenkonflikte zu finden; er geriet damit innerlich geschwächt in das Gravitationsfeld der imperialistischen Politik Hitlers, der er 1938 mit der Abtretung der deutschen Gebiete und 1939 mit der Errichtung des sogenannten „Protektorats Böhmen und Mähren“ zum Opfer fiel.

Eine besondere Rolle spielten für die Stabilität der Republik die Slowaken, deren Einfügung als gleichberechtigte Staatsnation neben den Tschechen 1918/19 zwar mit militärischen Mitteln gegenüber Ungarn durchgesetzt werden mußte, sich aber dennoch, soweit die slowakische Bevölkerung selbst davon betroffen war, relativ reibungslos vollzog. Dies mochte zum Teil eine massenpsychologische Folge der vorausgegangenen madjarischen Entnationalisierungspolitik in der östlichen Reichshälfte der Donaumonarchie gewesen sein.²⁰ Allerdings ist schon damals unter den Slowaken ein gewisses Desinteresse, ja sogar eine ablehnende Haltung gegenüber den zumeist tschechischen Verwaltungsorganen in der Slowakei festzustellen; man fühlte sich bald, vor allem in den oberen Rängen der politischen und kulturellen Administration, neuerlich überfremdet. Ansatzpunkt einer wachsenden slowakischen Opposition war die Nichterfüllung des Pittsburger Abkommens vom 30. Mai 1918, das Masaryk mit Vertretern der politisch starken Amerika-Slowaken geschlossen hatte, aber dann nicht einhielt. Mehr noch, die Entfremdung zwischen Tschechen und Slowaken wurde auch durch die Ideologie des Masarykismus gefördert, derzufolge die Slowaken keine eigene historische Nation, sondern im Grunde nur — grob gesprochen — kulturell unterentwickelte Tschechen mit sprachlichen Besonderheiten seien. Den Kampf gegen die

19) R. S m e l s e r : Das Sudetenproblem und das Dritte Reich 1933—1938. Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik, München, Wien 1980.

20) Vgl. dazu die Beiträge von H. S l a p n i c k a u. F. P r i n z im Handbuch der Geschichte der Böhmisches Länder, hrsg. von K. B o s l, Bde. III u. IV, Stuttgart 1968—70, u. J. K. H o e n s c h : Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39, Köln, Graz 1965. — Zur Benachteiligung der Slowaken durch die Tschechen vgl. auch J. A. M i k u s : Slovakia. A political History: 1918—1950, Milwaukee, Wisconsin 1963.

Prager Staats- und Einheitsideologie des „Tschechoslowakismus“ führte vor allem Andrej Hlinkas betont slowakisch-nationale und katholische Volkspartei, deren Opposition gegen den Prager Zentralismus zugleich auch eine Frontstellung gegen das laizistische, liberal-demokratische Establishment der sogenannten „Burg“-Gruppe und deren weitgehend national-tschechische Blockpolitik war.²¹ Die wachsende slowakische wie auch die deutsche Opposition im Inneren ging Hand in Hand mit der durch Beneš's Außenpolitik bewirkten schrittweisen Isolierung der ČSR in Europa.²² Beide Entwicklungstrends jedoch, der innenpolitische wie der außenpolitische — dies ist zu betonen —, traten erst in einem relativ späten Stadium, nämlich ab Herbst 1937, in Wechselwirkung²³, womit das Ende der Republik zumindest mit vorprogrammiert worden ist.

So läßt sich in der Tat sagen, daß die diffizile Problematik der Geburtsstunde des tschechoslowakischen Staates dessen Geschicke bis zum Zusammenbruch des Jahres 1938 intensiv und in den 30er Jahren sogar in steigendem Maße weiterhin mitbestimmte; auch die relativ günstige sozial-ökonomische Ausgangsposition vermochte daran nichts zu ändern.

21) Die „Burg“. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš, hrsg. von K. Bosl, 2 Bde., München, Wien 1973—74.

22) R. Franke: London und Prag. Materialien zum Problem eines multinationalen Nationalstaates, München, Wien ¹1981, ²1982.

23) Für den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik im Falle der deutschen Frage in der ČSR vgl. Smelser (wie Anm. 19); anders R. Jaworski: Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der ČSR, Stuttgart 1977. Für die Slowaken in der Tschechoslowakei s. die in Anm. 20 zit. Arbeit von J. K. Hoensch und d.ers.: Geschichte der Tschechoslowakischen Republik 1918—1978, Stuttgart ²1978.

Summary

The Economic and Political Consequences of the Peace-Treaties of 1919 in the ČSR

The genesis of the First Czechoslovakian Republic, i.e. its conception as Czechoslovakian nation state — though in reality it was a multiracial state —, already laid the foundation of a critical development of this new creation of the treaties of the Parisian suburb in the interwar period. The effects of the world depression especially on the industry of the German regions of the Republic intensified the national conflict in a fatal way. Thus can be explained, that the ČSR mastered the immediate post-war problems better than the other succession states of the Danubian monarchy because of its relatively well-balanced social structure and highly developed industrial and agrarian culture, but yet fell into the gravitational field of Hitler's imperialistic politics — weakened by being mixed up in national and economic conflicts. Apart from the German question, the Slovakian problem played a central part, i.e. the early beginning trend of emancipation in Slovakian policy with regard to centralism in Prague.